

zungen, die keine machtvollen Unterstützer im politischen Alltag haben.

Allerdings gibt es Anzeichen für Veränderungen. Zahlreiche Bewegungen sind entstanden, die strukturelle und institutionelle Reformen im demokratischen System anstreben. Sie sind gleichsam ein Gegengewicht zum ständig sinkenden Politikvertrauen und zur zunehmenden Distanz der Bevölkerung in politischen Angelegenheiten. Sie sind ein Weckruf an die Bürgerinnen und Bürger, nicht mehr tatenlos einem Prozess des Versagens der politischen Klasse zuzusehen. Starke politische Parteien kämpfen um ihre Besitztümer und Machtpositionen und lehnen daher jede Reform, die diese gefährden könnte, ab. Je reformfeindlicher politische Parteien sind,

umso mehr braucht es zivilgesellschaftlichen Diskurs und Protest. Zivilgesellschaftliche Organisationen sollen und können politische Parteien nicht ersetzen oder deren Rolle in der Demokratie übernehmen. Sie sollen vielmehr Druck auf längst fällige Reformen ausüben. Die Bewegung „MeinOE“ will die Diskussion über demokratische Reformen nicht länger im Kreis interessierter Eliten belassen, sondern zur Tat auffordern. Es ist eine große Aufgabe, dass sich das Volk selbst durch ein Volksbegehren um das Schicksal der österreichischen Demokratie annimmt. Das sollte in einer Demokratie selbstverständlich sein und beweisen, dass in Österreich die Tradition des Etatismus zu Ende gegangen ist. ■

Die Kultur des Dialogs als Ferment der Demokratie

■ JOHANNES SCHELKSHORN



Univ.-Prof. DDr. Johannes Schelkshorn studierte in Wien und Tübingen Theologie, Philosophie und Klassische Philologie und ist seit 2007 ao. Professor am Institut für christliche Philosophie an der Katholisch-Theologischen Fakultät der Universität Wien.

Die Reflexion über den Dialog hat einen aktuellen Hintergrund. In Wien lief seit Monaten bis Ende November der „Charta-Prozess“, der in etwa 600 Gesprächsgruppen tausende Wiener und Wienerinnen aller Schichten und Herkunft versammelte. Eine Fülle bemerkenswerter Begegnungen und Aussprachen über oft verschwiegene Konflikte und Meinungsverschiedenheiten waren die Folge. Es ist zu hoffen, dass daraus ein langfristiger Lernprozess entsteht. Denn Dialog, weiß der Wiener Philosoph Hans Schelkshorn, ist für die Demokratie unentbehrlich.

Die zentralen Ideen moderner Demokratie sind bereits in der Französischen Revolution proklamiert worden. Dennoch sind in zahlreichen Regionen Europas, auch in Österreich, erst nach dem 2. Weltkrieg stabile demokratische Ordnungen entstanden. Zugleich kam es in den letzten Jahrzehnten auch außerhalb Europas zu spektakulären Demokratisierungsprozessen, insbesondere in Lateinamerika und in jüngster Zeit auch in der arabischen Welt.

Doch während heute zahlreiche Völker in verschiedenen Weltregionen unter dem Einsatz ihres Lebens für minimale Freiheitsrechte kämpfen, ist die Demokratie im wohlhabenden Europa in eine ernsthafte

Krise geraten. Die Ursachen für die Krise der Demokratie sind gewiss vielfältig. Die ideologische Erschlaffung der Parteien hat zu bedenklichen institutionellen Erstarrungen geführt. Darüber hinaus drohen problematische Allianzen zwischen Politik, Finanzindustrie und Medienkonzernen den demokratischen Geist zu ersticken; dazu kommen ökonomische Zwänge, die Herausforderungen von Migrationsbewegungen u.a.m.

Räsonierende Öffentlichkeit

Die Schwächung und Aushöhlung demokratischer Ordnungen wird allerdings auch

durch problematische Vorstellungen über das Wesen der Demokratie selbst verschärft. Das aufklärerische Modell einer deliberativen (beratschlagenden) Demokratie, in der politische Entscheidungen in den Debatten einer „räsonierenden Öffentlichkeit“ (Kant) eingebettet sind, wird gegenwärtig vor allem durch ökonomistische und nationalistische Demokratiemodelle in Frage gestellt.

Im Geist des Neoliberalismus sind in den letzten Jahrzehnten nicht nur die gesellschaftlichen Bereiche von der Familie bis hin zur Wissenschaft, sondern auch die Politik in zunehmendem Ausmaß der Logik der Ökonomie unterworfen worden. In einer ökonomisch orientierten Sicht von Demokratie ist der Staat in gewisser Hinsicht die Summe der jeweiligen Interessen der einzelnen Bürger, die von den Parteien gebündelt und gegenüber dem Staatsapparat durchgesetzt werden. Politische Auseinandersetzungen werden in einer strengen Analogie zu Marktprozessen analysiert. Dies bedeutet: So wie Firmen um Marktanteile, so kämpfen Parteien um den Zugang zu staatlichen Institutionen, um die Interessen ihrer jeweiligen Klientel zu befriedigen. Und so wie sich der Erfolg eines Produkts in den Verkaufszahlen ausdrückt, so besteht der Erfolg politischer Aktivitäten im Quantum an Wählerstimmen. Das Verhältnis zwischen BürgerInnen und Politik ähnelt daher der Beziehung zwischen einer Firma und ihren KonsumentInnen. So wie in Betrieben lange Debatten zumeist als Sand im Getriebe wahrgenommen werden, die bloß die ökonomische Effizienz stören, so ist auch in einem ökonomistischen Modell von Demokratie konsequenterweise für öffentliche Debatten, in denen die Bürger miteinander ins Gespräch kommen, kein wirklicher Raum. Die Öffentlichkeit ist vielmehr ein Ort politischer Werbemaßnahmen, deren Strategien von PR-Agenturen entworfen werden.

Im Gegensatz zu ökonomistischen Demokratiemodellen, die die Menschen gleichsam als Atome betrachten, die nebeneinander existieren und jeweils ihre eigenen Interessen verfolgen, sehen „kommunitaristische“ Theorien das Fundament der Demokratie in der Gemeinschaft bzw.

der Nation. Die Aufgabe der Demokratie erschöpft sich hier nicht im Ausgleich divergierender Interessen, vielmehr hat die Politik der Bewahrung und Erneuerung der nationalen Einheit zu dienen. Die Öffentlichkeit ist daher ein Ort kollektiver Selbstverständigung. Demokratische Willensbildung erfolgt idealiter nicht durch strategische Werbemaßnahmen, sondern durch Gespräche, in denen sich die Mitglieder einer Nation ihrer gemeinsamen Werte und Wurzeln vergewissern. Da die Nation nicht bloß die Summe individueller Interessen ist, sondern eine Solidargemeinschaft darstellt, können die BürgerInnen, die unverschuldet in extreme Not geraten, auf die Hilfe der Gemeinschaft rechnen.

Was bedeutet Nation?

Der Begriff der „Nation“, der historisch die feudale Idee einer Ständeordnung abgelöst hat, ist allerdings in den letzten beiden Jahrhunderten mit äußerst unterschiedlichen Inhalten gefüllt worden. In Frankreich und den USA ist die Idee der Nation eng mit den republikanischen Idealen der Aufklärung verbunden. So war z.B. während der Französischen Revolution jeder Mensch, der in Frankreich geboren wurde, automatisch französischer Staatsbürger. In Kontinentaleuropa dominiert hingegen ein kulturell und ethnisch orientierter Nationbegriff.

Nationale Identitäten verschaffen zwar modernen Gesellschaften einen Zusammenhalt, der über das wechselnde Spiel divergierender Interessen hinausgeht. Zugleich liegt jedoch, wie gerade die Geschichte Europas zeigt, in der Idee der Nation stets die Gefahr des Umschlags in einen Chauvinismus. Aus diesem Grund muss der Sinn der nationalen Identität in öffentlichen Debatten, die für alle BürgerInnen zugänglich sind, je neu bestimmt werden. Umgekehrt gilt: Wenn sich eine Partei anmaßt, eigenmächtig zu definieren, was „Nation“ bzw. „Heimat“ bedeutet, ist der Ausschluss von Minderheiten und Andersdenkenden eine unumgängliche Konsequenz.

Vor diesem Hintergrund haben Charles Taylor und Jürgen Habermas, die zu den bedeutendsten politischen Philosophen

■ Wenn sich eine Partei anmaßt, eigenmächtig zu definieren, was „Nation“ bzw. „Heimat“ bedeutet, ist der Ausschluss von Minderheiten und Andersdenkenden eine unumgängliche Konsequenz.

■ Allein die Praxis des Dialogs vermag die imaginären Mauern zwischen in sich abgeschotteten gesellschaftlichen Gruppen zumindest partiell aufzubrechen.

der Gegenwart zählen, trotz ihrer unterschiedlichen Perspektiven jeweils für eine Erneuerung des aufklärerischen Modells deliberativer Demokratie plädiert. Sowohl Taylor als auch Habermas sehen in der die „Kultur des Dialogs“ gleichsam das Ferment der Demokratie, die die Politik vor einer ökonomistischen oder nationalistischen Aushöhlung demokratischer Institutionen bewahren kann.

Schwundstufe der Demokratie

Das aufklärerische Ideal einer deliberativen Demokratie steht heute allerdings vor neuen Bewährungsproben. Während im 18. Jahrhundert die europäischen Gesellschaften „bloß“ mit innerchristlichen und sozialen Spaltungen zu kämpfen hatten, ist im Zeitalter der Globalisierung der gesellschaftliche Pluralismus durch Kommunikationsmedien und Migrationsströme in qualitativer Weise vertieft worden. Vor diesem Hintergrund ist in jüngerer Zeit eine weitere Schwundstufe des aufklärerischen Ideals der Demokratie en vogue geworden. Kulturelle, religiöse und „ethnische“ Gruppen werden in der „spätliberalen Ideologie“ (Apel) als in sich geschlossene Gemeinschaften angesehen, die in der Öffentlichkeit bloß strategisch interagieren und gemäß den jeweiligen Machtverhältnissen Kompromisse aushandeln. Die darin anvisierte Idee einer Koexistenz von Parallelwelten ist jedoch wie das ökonomistische Modell wechselnder Interessenskonvergenzen ein äußerst fragiler Boden für eine lebendige Demokratie.

Vor diesem Hintergrund gewinnt das aufklärerische Ideal einer „räsonierenden Öffentlichkeit“ eine neue Bedeutung. Denn allein die Praxis des Dialogs vermag die imaginären Mauern zwischen in sich abgeschotteten gesellschaftlichen Gruppen zumindest partiell aufzubrechen. Gewiss, der Pluralismus der Lebensformen ist inzwischen so tief geworden, dass auch in einem Dialog zumeist kein Konsens erzielt werden kann. Dennoch ist selbst ein unüberwindlicher Dissens, der aus einer gemeinsam erarbeiteten Wahrnehmung der Differenzen erwächst, ein wichtiger Beitrag

für ein friedliches Zusammenleben. Denn Kompromisse spiegeln nun nicht mehr bloß die jeweiligen Machtverhältnisse wider, sondern bauen auf einem Prozess gegenseitigen Verstehens auf.

Ethik des Dialogs

Nicht zuletzt werden in der Praxis des Dialogs zentrale ethische Gehalte der Menschenrechtskultur eingeübt. Denn ein argumentativer Dialog fordert von allen Beteiligten ein hohes Ethos, allen voran den Verzicht auf Gewalt und manipulative Einflussnahme, weiters die Bereitschaft, eigene Überzeugungen zu hinterfragen und Argumente anderer unparteilich zu prüfen. Ein Dialog setzt schließlich die Tugend der Wahrhaftigkeit voraus. Argumente müssen daher stets der Suche nach Wahrheit bzw. Gerechtigkeit dienen und dürfen nicht als Mittel für strategische Interventionen missbraucht werden. So verstoßen z.B. Auftragsgutachten oder Debatten, die nur dem Zweck dienen, Entscheidungen hinauszuzögern, der immanenten Ethik des Dialogs. Nicht zuletzt setzt die unparteiliche Prüfung von Argumenten das ethische Prinzip der universellen Gleichberechtigung voraus. Dies bedeutet: In einem Dialog zählt allein der „zwanglose Zwang des besseren Arguments“ (Habermas), und nicht die Hautfarbe, das Geschlecht, die nationale Herkunft oder die jeweilige Machtposition der Dialogpartner.

In der Realität sind jedoch, wie wir täglich erfahren können, nicht nur politische Debatten, sondern auch zivilgesellschaftliche Auseinandersetzungen stets mit bedenklichen Machtverhältnissen verwoben. Die nüchterne Diagnose realpolitischer Prozesse darf allerdings nicht zu dem voreiligen Schluss verleiten, das Ideal einer demokratischen Dialogkultur als unerreichbares oder gar irreales Ideal zu verabschieden. Wenn die soziale und kulturelle Zerklüftung der westlichen Gesellschaften nicht fatalistisch hingenommen werden soll, sind sowohl die politischen AkteurInnen als auch die BürgerInnen aufgerufen, inmitten der vermachteten Öffentlichkeit Inseln eines offenen Dialogs zu bilden. ■